# Jeremias Gotthelf

**Erster Teil der Historisch-kritischen Gesamtausgabe: der «unbekannte Gotthelf»**

ALFRED REBER

### Vorgeschichte

Am 30. Okt. 2012 stellten Prof. Dr. Barbara Mahlmann-Bauer und PD Dr. christian von Zimmermann in der Heiliggeist- kirche Bern zusammen mit ihren Editionsteams die ersten acht Bände der neuen Gesamtausgabe von Jeremias Gott- helfs Werken vor. In dieser Kirche diente Albert Bitzius etwas mehr als ein Jahr als Vikar, bevor er am Neujahrstag 1831 ins emmentalische Lützelflüh ritt, wo er 24 Jahre bis zu seinem Tod wirkte und neben dem Pfarramt sein beeindruckendes erzählerisches Werk schuf. Dieser 30. Okt. war der festliche Abschluss der ersten Etappe eines grossen Projekts, das zehn Jahre zuvor begonnen hatte und wohl noch 20 weitere Jahre beanspruchen wird.

Begonnen hatte es vor dem Gedenkjahr 2004 zur 150. Wiederkehr von Jeremias Gotthelfs Todestag. Gotthelfkenner konnten damals Regierungsrat Mario Annoni, Erziehungsdi- rektor des Kantons Bern, davon überzeugen, es müsste eine

neue Gesamtausgabe von Gotthelfs Werken erscheinen, denn die bisher umfassendste 42-bändige Ausgabe aus dem Eugen Rentsch Verlag sei vergriffen und andere Ausgaben seien nur noch bruchstückhaft im Buchhandel erhältlich; liesse man das Gedenkjahr ungenutzt verstreichen, so könnte sein Werk in kurzer Zeit aus dem öffentlichen Bewusstsein verschwinden. Regierungsrat Annoni nahm die Anregung auf und liess durch die Universitätsleitung abklären, ob das Institut für Germanistik bereit wäre, eine Gotthelfausgabe in Angriff zu nehmen.

Im August 2003 bereits stellten Prof. Dr. Barbara Mahl- mann-Bauer und PD Dr. christian von Zimmermann auf der Erziehungsdirektion ihr Konzept der künftigen Gotthelf- Gesamtausgabe vor. Sie sollte nach dem Baukastenprinzip aufgebaut werden, was erlauben würde, an verschiedenen Werkabteilungen parallel zu arbeiten. In einer ersten Phase sollte der «unbekannte Gotthelf» herausgegeben werden: die *Predigten*, alle Texte zum *Neuen Berner-Kalender* und die *poli- tische Publizistik*, genau jene Bereiche, die in der Rentsch-Aus- gabe lückenhaft ediert und ungenügend kommentiert wor- den waren. Eine vollständige, gründlich kommentierte Aus- gabe dieser Schriften würde Lücken der Rentsch-Ausgabe schliessen, eine gute Grundlage für die spätere Edition des erzählerischen Werks schaffen und ein neues Licht auf Gott- helfs Gesamtwerk werfen.

Finanziert wird das Projekt mit Beiträgen des National- fonds und mit Geldern einer Gotthelf-Stiftung, die im Herbst 2005 vom Grossen Rat des Kantons Bern gut geheissen und mit 9,5 Millionen Franken aus dem Lotteriefonds geäufnet wurde, von denen 6 Millionen für die Werkausgabe bestimmt wurden. Das dürfte mittelfristig den Fortgang der Arbeit sichern. Es soll ja nicht nur ein verbesserter Neudruck der Rentsch-Ausgabe entstehen, sondern eine historisch-kriti- sche Gesamtausgabe, die erste dieser Art für Gotthelf. Im Kommentarband zur *politischen Publizistik* erklären die Her- ausgeber, es sollten «die sämtlichen, heute bekannten hand- schriftlichen und gedruckten Texte in allen Fassungen buch- staben- und satzzeichengetreu» wiedergegeben werden. (F 1.2, S. 51) Früher pflegten Herausgeber oft recht frei in die Texte eines Schriftstellers einzugreifen, sie von wirklichen (oder vermeintlichen) Fehlern zu «reinigen», im Falle Gott- helfs besonders ausgiebig bei den Satzzeichen und bei der Abschnittgliederung.

### «Politische Publizistik»

Folgende Werkgruppen wurden am 30. Okt. 2012 vorgestellt: Alle Texte zum *Neuen Berner-Kalender* samt Kommentar, ein erster Teil der *Predigten*, der Roman *Jakobs des Handwerks- gesellen Wanderungen durch die Schweiz* und die *politische*

*Publizistik*, Textband und erster Teil des Kommentars, der zwei- te Teil ist noch im Druck. Die drei Bände *Politische Publizistik* sollen nachfolgend vorgestellt werden.

Der Textband enthält alle Zeitungsartikel Gotthelfs zu po- litischen Themen: 131 gesicherte und 24 ungesicherte Gott- helftexte, also solche, die mit einiger Wahrscheinlichkeit von Gotthelf verfasst wurden. Im Kommentarband werden die Kriterien erläutert, nach denen die Autorschaft der meist ano- nym gedruckten Texte ermittelt wurde.

Der erste Teil des Kommentars zu den Jahren 1828 bis 1840 füllt einen Band von fast 800 Seiten. Die Zahl verrät, dass dieser Kommentar mehr umfasst als bloss Wort- und Sacherklärungen; er beleuchtet die bernische und schweize- rische Pressegeschichte der ersten Hälfte des 19. Jh. Dem ein- leitenden Aufsatz *Albert Bitzius und die politische Publizistik* (F 1.2, S. 11-47) folgen der Rechenschaftsbericht der Heraus- geber über ihre Methode, danach die *Einzelkommentare*. Jeder Zeitungsartikel wird nach dem gleichen Raster kom- mentiert: Beschreibung der Originaldokumente, Inhalts- angabe, *werkgeschichtliche Einordnung eines Artikels* (z. B. Be- züge zu Briefen und zum Erzählwerk), Einordnung der Artikel in den historischen Zusammenhang, Darstellung der Auslöser für den jeweiligen Artikel (z. B. andere Zeitungstexte), Über- blick über andere Stellungnahmen in der Presse (in Berner Blättern, in Zeitungen aus anderen Kantonen und in der

*Augsburger Allgemeinen Zeitung*), Verzeichnis der Quellen und der Forschungsliteratur, Stellenkommentar mit Erklärungen einzelner Wörter und Textpassagen.

Neben der Projektleiterin arbeiteten am Kommentarband mit: christian Wipf, Florens Schwarzwälder, Jürgen Donien (†), Jens Montandon, Jesko Rei- ling, Marianne Derron, Markus Hofer, Norbert D. Wernicke, Ruedi Graf, Tho- mas Richter.

Einer Leserschaft, die mit der Ge- schichte jener Epoche wenig vertraut ist, bieten die ausführlichen Kommen- tare umfassende Information. Für den historisch kundigen Leser von beson- derem Interesse sind die Presse-Über- blicke: Falls man es nicht schon weiss, staunt man über die Dichte des Zei- tungsangebots im frühen 19. Jh.; deut- lich mehr als 30 Zeitungen werden zitiert. Man lernt den «Journalisten» Bitzius als Stimme im bunten Presse- konzert kennen, als aufmerksamen Le-

*Erstmals wird hier Lesern von Gotthelfs Werken die Möglichkeit geboten, sich ein Urteil zu bilden, inwieweit Bitzius*

*mit seiner Einschätzung eines Themas allein stand oder ob er sich in Gesellschaft anderer Journalisten oder in Opposition zu verbreiteten Meinungen befand. (F 1.2, S. 65)*

Rund zwei Drittel seiner politischen Zeitungsartikel schrieb Gotthelf für den *Berner Volksfreund*, gegründet von den Brüdern Schnell aus Burgdorf, den Vorkämpfern der liberalen Umwälzung von 1831 im Kanton Bern. Der *Volks- freund* erschien erstmals am 24. Feb- ruar 1831, noch in der Endphase des Patrizierregimes. Die Brüder Schnell trafen sich mit dem Druckereibesitzer und Herausgeber carl Langlois und mit Freunden in der Regel am Donnerstag im Gasthof Stadthaus in Burgdorf. Wenn es ihm möglich war, nahm Gott- helf an diesen Treffen, gleichsam infor- mellen Redaktionssitzungen, teil.

ser und engagiert Mitredenden. Zu Recht schreiben die Herausgeber:

Gedenktafel für die Brüder Schnell

*am Hotel Stadthaus in Burgdorf*

Von 1836 bis 1839 wirkte der Zür- cher Literat Johann Jakob Reithard als

Redaktor des *Volksfreunds*. In dieser Zeit war Gotthelfs Mitarbeit mit total 33 Beiträgen besonders intensiv. Gleich- zeitig erschienen seine ersten Erzählwerke: 1837 *Der Bauern- Spiegel*, 1838 *Leiden und Freuden eines Schulmeisters*, die *Was- sernot* und die erste der beiden Branntweingeschichten *Wie fünf Mädchen im Branntwein jämmerlich umkommen*, 1839

*Dursli der Branntweinsäufer*. Reithard erkannte Gotthelfs herausragendes Erzähltalent und empfahl diese Werke im *Volksfreund* als «Volksbücher», als «Meisterwerke, […] die das ganze Bernervolk angingen, weil sie als‚lautere Wahrheit’ ihm einen getreuen Spiegel des Landlebens mit seinen guten und schlechten Seiten zeigten und in der Tradition der verbreite-

###### 

Johann Ludwig Schnell (1781–1859)

Karl Schnell (1786–1841)

Hans Schnell (1793–1865)

ten volksaufklärerischen Werke Pestalozzis und Zschokkes stünden». (F 1.2, S. 17)

Das Themenspektrum ist breit: Gotthelf reagierte auf Zei- tungsartikel, auf behördliche Verlautbarungen, erörterte aktuelle Probleme, die auch in seinem Erzählwerk zum Thema wurden, bald in Form hastig hingeworfener Einsendungen,

bald als ausführliche Darlegung, bald in satirisch zugespitz- ten Bildern. Es gibt Themen, bei denen Gotthelfs Meinung unverändert blieb, bei andern wandelten sich seine Ansichten: Entweder sah er sich in zu hohen Erwartungen enttäuscht, oder er musste feststellen, wie neue, radikale Strömungen die Ideen der Liberalen vom Schlage der Brüder

Schnell ins Abseits drängten, was sein ungestümes Temperament zu hef- tiger Gegenwehr herausforderte.

### Zeitungsartikel zu ausgewählten Themen

#### Schnapselend und Armut

carl Langlois (1789–1870)

*Buchdrucker und Verleger*

Johann Jakob Reithard (1805–1857)

*Redaktor «Berner Volksfreund» 1836–1839*

Gotthelf forschte zeitlebens nach den Ursachen der Armennot; verheerend wirkte sich der rasant wachsende Brannt- weinkonsum aus. Die Steigerung des Kartoffelanbaus erlaubte es, Überschüs- se zu Schnaps zu brennen. Die Folgen schilderte Gotthelf mehrmals, besonders drastisch 1838/39 in den beiden schon erwähnten Branntweingeschichten und 1840 in seiner Schrift *Die Armennot*.

Im *Volksfreund* vom 7. Februar 1839 behauptete ein Ein- sender, «das seit ein paar Jahren in Bern erhobene, ‚entsetzli- che Geschrei über das bedeutende Überhandnehmen des Genusses geistiger Getränke’» sei «masslos übertrieben». Man solle nicht «weitere Energie und Zeit gegen den Alkoholkon- sum» verschwenden. Das Schnapsbrennen bringe nämlich auch volkswirtschaftlichen Nutzen: Es würden «viel mehr Kar- toffeln angepflanzt und das Stein- und Kernobst besser ge- pflegt. Die Regierung müsse die inländische Produktion viel- mehr ermutigen als hemmen». (F 1.2, S. 519) Zu solchen Behauptungen konnte Gotthelf nicht schweigen. In einem Leitartikel im *Volksfreund* vom 17. Februar 1839 warnte er da- vor, die Zunahme des Alkoholkonsums zu verharmlosen:

*Das Dasein dieser gefährlichen Krankheit lassen wir uns also weder mit Machtsprüchen noch Trugschlüssen abstreiten; wir wollen es beweisen. Wir sind überzeugt, daß die meisten gewis- senhaften Gemeindräthe uns das Dasein dieser Krankheit bereit- willig und noch dazu gratis bescheinigen würden. Soll nun eine Regierung sich um diese Krankheit bekümmern oder nicht, das ist denn doch wohl eine Frage, die man aufwerfen kann, ohne medi- kastern [= quacksalbern] zu wollen. Wir müssen nun diese Frage durchaus mit Ja beantworten, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil die Regierung ihren Antheil an dieser Krankheit hat. Wir meinen nun nicht, daß sie mit neuen Gesetzen helfen solle; es läuft uns im Gegentheil allemal ein Schauer über den Leib, wenn*

*wir von neuen Gesetzen hören. Es dünkt uns immer, ehe man neue Gesetze mache, sollte man erst die alten zu handhaben su- chen. Gerade da nun ist’s, wo die Regierung Mitschuldige an der Krankheit ist. Ein weises Gesetz ist’s z.B., daß um 10 Uhr Feier- abend sein und jeder Hausvater heim solle. Was soll man aber dazu sagen, wenn Handhaber der Polizei Befehl thun: man solle die Leute nur ruhig lassen, so lange sie wollten, sobald nicht eben Streit sei; oder wenn den Wirthen, die überwirthet haben, die Buße geschenkt wird? Es ist an manchen Orten mit der Polizei so weit gekommen, daß nächstens Einfragen werden gethan wer- den müssen: ob denn eigentlich dem Publikum selbst die Hand- habung der Gesetze obliege. Vor Allem aus meinen wir also, sollte es die Regierung dahin zu bringen suchen, daß ihre Stellvertreter nach den Gesetzen regieren und nicht nach ihrem Gutdünken. (F 1.1, S. 104)*

Der von Gotthelf getadelte Einsender vertrat eine strikt gehandhabte Handels- und Gewerbefreiheit. Eine «tiefgrei- fende Liberalisierung» der Wirtschaft strebten auch die «An- hänger der Regenerationsbewegung» an. (F 1.2, S. 518) Bis 1833 hatte man ein Wirtshaus nur mit einer Konzession führen dürfen; diese Konzessionen wurden «innerhalb der Inhaber-Familie weitervererbt […]. In der Folge blieb die Anzahl der Wirtshäuser relativ stabil und das Angebot an Alkohol beschränkt – zumal das Schnapsbrennen auf dem Land verboten war». (Ebd.) Im Zuge der Liberalisierung führte

man 1833 das Patentsystem ein: Jedermann konnte gegen eine Gebühr ein Patent lösen, das ihn berechtigte, ein Wirts- haus zu führen. Darauf stieg die Zahl der Wirtshäuser im Kan- ton Bern sprunghaft an, allein im ersten Jahr, 1833 auf 1834, von 950 auf 1375. (Ebd., S. 519)

Gotthelf warf der Regierung Mitschuld am wachsenden Schnapselend vor, weil sie das Patentsystem eingeführt und so die masslose Vermehrung der Wirtshäuser ermöglicht ha- be. Er forderte deshalb die Regierung auf, sie müsse «helfen in diesem Jammer; aber einstweilen nur ganz einfach mit strengerer Handhabung der bestehenden Gesetze und mit gänzlicher Wegschaffung des im Lande nie beliebt ge- wesenen Patentsystems». (F 1.1, S. 105) In der im gleichen Jahr wie dieser Leitartikel erschienenen Geschichte *Dursli der Branntweinsäufer* beschrieb Gotthelf eine der vielen Schnaps- spelunken:

*Gar manche dieser Wirtschaften war nichts anders als eine eigentliche Hudelwirtschaft. Der neue Wirt war selbst ein Hudel und hatte nicht soviel Geld im Hause, um die Patentgebühr zu bezahlen, und kein Fäßchen, das dreißig Maß hielt, [...] in einer Ecke der Gaststube kindbettete sein Weib, in der andern war seine Mutter am Sterben. [...] Irgendein alter Wirt streckte vielleicht die Patentgebühr dem neuen Hudelwirte vor gegen das Versprechen, bei ihm seine Provisionen, Strohflasche um Strohflasche, zu ho- len. (SW XVI, S. 120 f.)*

#### Wirtschaftliche Fragen

Gotthelf lehnte also eine doktrinär gehandhabte Handels- und Gewerbefreiheit ab; das heisst aber nicht, dass er starr am Alten festhielt. Er bemühte sich vielmehr darum, Bauern und Handwerker für sinnvolle, ertragssteigernde Neuerungen zu gewinnen. In einschlägigen Artikeln im *Volksfreund* setzte er sich mit wirtschaftlichen Problemen auseinander und bewies dabei beachtliche Sachkenntnis.

1. Wünschenswerte «Weiterbildung» von Bauern und Handwerkern

Für den *Volksfreund* vom 18. Oktober 1838 schrieb er *Ein Wort an die Landleute;* darin warb er für eine Zeitschrift, die seit 1833 monatlich erschien: *Der Verbreiter gemeinnütziger Kennt- nisse. Zeitschrift für Volksbildung in der Schweiz. Ein Inbegriff des Neuesten und Bewährtesten aus dem Gebiete der Künste und Ge- werbe, der Land- und Hauswirthschaft, der Natur- und Völker- kunde.* (F 1.2, S. 501) Die Entwicklung schreite rasch voran, betonte Gotthelf: «Jede neue Stunde bringt die Menschheit vorwärts im Erkennen und Benutzen der geschaffenen Din- ge». (F 1.1, S. 98) Diese Erkenntnisse verbreiteten sich aber noch zu spärlich und zu langsam.

Dem Bauer attestierte Gotthelf bedeutende Fortschritte in der Bewirtschaftung des Bodens. Aber noch kümmere er

sich zu wenig um das, was andere wüssten und erfahren hätten,

*… weil ihm durchaus unbekannt bleibt, was man eine Stun- de von ihm treibt; weil er auch gar nichts liest, und so in seinem Alten bleibt. Er weiß den unendlichen Vortheil noch gar nicht zu würdigen, der darin liegt, daß heut zu Tage Einer sich die Erfah- rungen aller andern Menschen zu Nutzen machen kann. Wie langsam geht’s bis Einer etwas ersinnt; wie geschwind aber, wenn er vernimmt, was Millionen in den Sinn gekommen! (Ebd., S. 99)*

Bei den Handwerkern dagegen sehe es trostlos aus, die meisten blieben «bei dem stehen, was sie aus den Lehrjahren gebracht» und «bei der kleinsten Zumuthung, die über das Gewöhnliche geht», zeigten sie sich völlig hilflos. (Ebd.) Gotthelf empfahl deshalb allen, regelmässig den *Verbreiter nützlicher Kenntnisse …* zu lesen. Diese Zeitschrift sollte, wenn nicht in jedem Haus, so doch in jedem Dorf vorhanden sein und dürfte «in keiner Volksbibliothek fehlen». (Ebd., S. 100)

1. Raubbau an den Wäldern

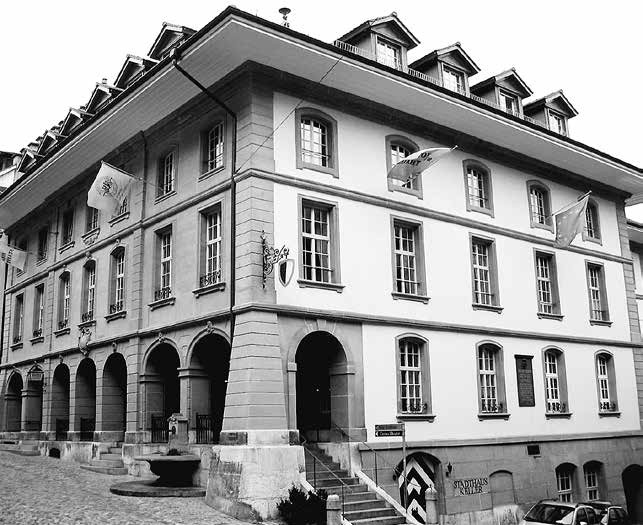
Gotthelf sorgte sich um die Emmentaler Wälder. Schon vor 1830 war die Waldbewirtschaftung im Emmental «nie ver- bindlich geregelt gewesen», und nach 1830 erschwerte «die Neuverteilung der Kompetenzen zwischen Gemeinden und Kanton eine einheitliche forstwirtschaftliche Regelung». (F 1.2, S. 650) Dem Prinzip der Handels- und Gewerbefreiheit

zuliebe wurde auch der Holzhandel liberalisiert, was zu einem noch massiveren Raubbau am schon vorher übernutzten Wald führte.

In einem Leitartikel im *Volksfreund* vom 2. Januar 1840 griff Gotthelf den Grossen Rat frontal an, weil dieser nach mehreren Versuchen, neue Regeln für den Holzhandel aufzu- stellen, das Geschäft unerledigt liegen liess. Der Anfang der Schelte zeigt Gotthelf als angrifgen Satiriker, der keine Scho- nung kennt, wenn er glaubt, Inkompetenz und Schlamperei von Politikern und Beamten aufdecken zu müssen. Er fürchtete die ökologischen Folgen eines ungehemmten Holz- handels und dessen soziale Auswirkungen, dass nämlich die Armen kein Brennholz mehr zu erschwinglichen Preisen würden kaufen können.

*Der Große Rath schickte den Entwurf eines Holzausfuhrge- setzes den Bach hinunter; er versteht das wohl am besten, das den Bach hinunterzuschicken. Wenn dann wieder etwas unter dem Tische liegt, so meint man, was verrichtet worden sei, und geht stolz nach Hause; und die Departemente machen es sich wieder gemächlich, gratuliren sich gegenseitig, daß sie so unge- schoren davongekommen, und neujahren wohlgemuth bis Lichtmeß [= 2. Februar, 40 Tage nach Weihnachten], bis sie un- gefähr vierzehn Tage, ehe der Große Rath sich versammelt, wie- der das Seil zur Hand nehmen, an welchem der Große Rath geführt zu werden pflegt und eiligst daran drehen. So liegt also*

*das, was man gegen die Holzverarmung thun wollte, unter dem Tisch, die Sache ist damit abgethan; und weil eins nicht beliebte, wird man nichts an-*

*ders thun, und Jahre lang wird Niemand mehr darüber das Wort nehmen dürfen. Damit ist aber nichts verrichtet; von dem unter dem Tische lie- gen lebt das Land nicht, sein Wohl wird damit nicht gefördert, das lehrt leider die Er- fahrung. Wir hätten vom Großen Rathe erwartet, daß er aus- drücklich den Regie- rungsrath beauftra- gen würde, daß er auf die Befolgung der be- stehenden Gesetze achte und die betref-*

*antwortlich mache. Das wird nun nicht geschehen; der Regie- rungsrath wird wieder in seine politischen Zänkereien sich*

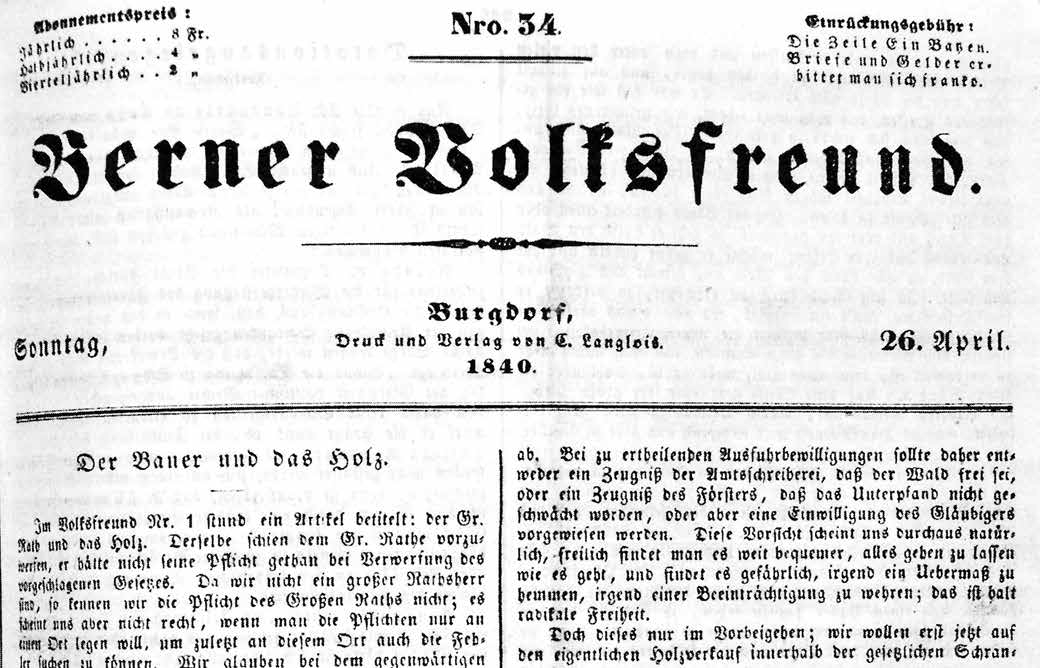
*hineinleben und sich um das Uebrige wenig kümmern; wenn die Beamteten sich nicht politisch mißfällig ma- chen, so wird ihrer Willkühr überlassen bleiben, ob die Ausfüh- rung eines Gesetzes ihnen beliebt oder nicht. So wird jeder Be- sitzer holzen können, wo und wie er will.*

*(F 1.1, S. 147 f.)*

*fenden Beamten für ihre Befolgung ver-*

Hotel und Restaurant Stadthaus in Burgdorf

*Treffpunkt Brüder Schnell, Jeremias Gotthelf, Carl Langlois, Redaktor «Volksfreund»*



In den Nummern des *Volksfreunds* vom 26. und 30. April 1840 kam Gotthelf in einem Leitartikel auf das Thema Holz zurück. Sein früherer Artikel sei einseitig gewesen, denn es seien «bei dem gegenwärtigen unsinnigen Holzschlagen noch ganz andere Leute im Fehler», nicht nur der Grosse Rath. (F 1.1, S. 172) Früher hätten private Waldbesitzer den Wald als «Sparhafen» betrachtet, «den man nur in außer- ordentlichen Fällen angreift». (Ebd., S. 174) Jetzt behaupte man, der freie Holzhandel bringe Geld ins Land. Gotthelf wollte diese Behauptung widerlegen, indem er schilderte, zu was allem der Wald herhalten müsse; der Erzähler Gotthelf führt dem Leitartikler die Feder:

*Der Wald muß Zinsen, der Wald muß Kindbetti halten, der Wald muß Ehesteuer geben, den Trossel [= Aussteuer] liefern, er muß Weibern und Töchtern, die nicht immer Erdäpfel mögen, das Geld liefern, Bratis aus dem Wirthshause zu holen. Hat der Bauer gehudelt einen oder zwei Tage, und reut ihn das Geld, so geht er durch den Wald und nimmt aus ihm Ersatz; möchte er gerne hudeln und hat kein Geld, er geht durch den Wald und nimmt aus ihm, was ihm fehlt. Ist sein Wald durchaus er- schöpft, so verkauft er sein Heimwesen, kauft ein anderes, wo noch etwas verkaufbares Holz ist. Aus dem werden die neuen Er- werbskosten bestritten und wiederum die alten Sünden, bis auch nichts mehr zu verkaufen ist, kein altes Holz mehr da ist, wohl aber die alten Sünden. Auf diese Weise geht eine sehr große Men-*

*ge des erlösten Geldes auf, manch Heimwesen wird ganz ent- holzet, manche Haushaltung wird liederlich und geht zu Grunde. (F 1.1, S. 175)*

Viele Waldbesitzer, so Gotthelf, wüssten nicht, wie man den Wald vernünftig bewirtschaften, wie man ihn z. B. wieder aufforsten könnte. Deshalb schlug er vor, man solle ein bis zwei erfahrene Förster als wandernde Forstberater anstellen, die den Waldbesitzern an Ort und Stelle zeigen sollten, wie sie ihren Wald nachhaltig nutzen und pflegen könnten, das würde mehr fruchten als eine kantonale Forstschule, über die man schon lange debattiere.

#### Aussenpolitik: Trotziger Patriotismus oder Pragmatismus

In den bisher besprochenen Themen blieb Gotthelfs Haltung grundsätzlich unverändert. Im Unterschied dazu jetzt zwei Be- reiche, in denen Gotthelf im Verlauf der Jahre seine Meinung revidierte. Der eine dieser Bereiche ist Gotthelfs politische Haltung, dargestellt an zwei Stellungnahmen zu aussenpoli- tischen Verwicklungen.

1830 wurden freiheitliche Bewegungen in Deutschland und Italien unterdrückt, in Polen ein Aufstand von der russi- schen Armee blutig niedergeschlagen. Daraufhin strömten viele Flüchtlinge in die Schweiz, darunter zahlreiche Polen,

die hier als Freiheitshelden gefeiert wurden. Am 1. Februar 1834 fiel der Italiener Giuseppe Mazzini, Führer des Risorgi- mento, der italienischen Freiheitsbewegung, und des «Jun- gen Europa», mit einer hauptsächlich aus Polen bestehenden Freischärlertruppe in Savoyen ein, um den König von Sardi- nien-Piemont zu stürzen. Der Handstreich scheiterte kläglich, die Angreifer mussten sich zurückziehen.

Dass die Aktion unbehindert von der Schweiz aus ange- zettelt worden war, löste einen diplomatischen Sturm aus: Sardinien-Piemont, Russland, Preussen, Österreich, Baden, Württemberg und Bayern verlangten in Protestnoten die Aus- weisung aller Flüchtlinge, die in irgendeiner Weise «die Ruhe der Nachbarstaaten stören würden». (F 1.2, S. 253) Im *Volks- freund* vom 29. Juni 1834 riet Gotthelf seinen Landsleuten, sich von Drohungen des Auslands «nicht einschüchtern zu lassen und die Neutralität der Eidgenossenschaft notfalls zu- gunsten der vollen politischen Souveränität aufzugeben». (Ebd., S. 252) Dies habe, so schliesst Gotthelf seinen Aufruf, kein Radikaler geschrieben,

*… aber auch kein Schlotterer, sondern einer, den die Ge- schichte belehrt, daß kein Volk seine Freiheit erhalten, welches in den Tagen der Noth unbesonnen pochte oder feige lavirte, son- dern daß allein das Volk frei blieb, welches in fester Resignation das scheinbar Gefährlichste wählte. Mit einem solchen Volk ist Gott. (F 1.1, S. 46 f.)*

Ganz anders tönte es vier Jahre später im Prinzen- oder Bonapartehandel. charles-Louis-Napoléon Bonaparte, ein Neffe des Kaisers Napoleon, betrachtete sich als legitimen Anwärter auf den französischen Thron und unternahm 1836 in Strassburg einen Putschversuch. König Louis Philippe verbannte ihn darauf aus Frankreich. Bonapartes Mutter lebte auf Schloss Arenenberg im Thurgau, wo auch ihr Sohn aufge- wachsen war. Als sie 1837 schwer erkrankte, reiste Bonaparte zu ihr. Frankreich verlangte nun von der Schweiz seine Auslie- ferung, was hier nationale Emotionen hochgehen liess. Seit dem missglückten Savoyerzug von 1834 war die Schweiz wie- derholt von den reaktionären Mächten, vor allem von Öster- reich, gedemütigt worden. Frankreichs neue Forderung emp- fand man weit herum als Angriff auf die Souveränität der Schweiz. Jüngere radikale Politiker gründeten den Schweize- rischen Nationalverein, der am 23. September 1838 in Lan- genthal eine Versammlung durchführte, um gegen Frank- reichs Begehren zu protestieren. Die beiden Regierungsräte Karl Kasthofer und Johann Rudolf Schneider nahmen daran teil, und am 24. September 1838 lehnte der Berner Grosse Rat die Auslieferung Bonapartes ab. Es war ein Sieg der radikalen Partei und eine Niederlage der Liberalen; die Brüder Schnell gaben daraufhin alle politischen Ämter ab.

Gotthelf hielt Bonaparte «für einen Opportunisten und Hochstapler» (F 1.2, S. 480) und empörte sich darüber, dass

zwei Regierungsräte in Langenthal mitgeholfen hatten, das Volk aufzuhetzen. Im *Volksfreund* vom 30. September 1838 verurteilte er dieses unverantwortliche Handeln, dieses ge- fährliche Spiel mit dem Feuer: Frankreich hatte Truppen an die Schweizer Grenze geschickt, in der Westschweiz bereitete man die militärische Abwehr vor, ein Krieg schien nicht mehr ausgeschlossen. Die Krise löste sich indessen überraschend, als Bonaparte am 14. Oktober 1838 die Schweiz freiwillig verliess.

#### Für oder gegen Sekundarschulen

Die liberalen Politiker waren überzeugt, das Bildungswesen müsse von Grund auf verbessert werden, vor allem die Volks- schule liege im Argen. Über das Wie dieser Verbesserungen stritt man sich lange. Es verwundert deshalb kaum, dass die Reformen nicht bei der Volksschule, sondern bei kantonalen, der Regierung unterstellten Einrichtungen ansetzten: 1833 wurde das staatliche Lehrerseminar in Münchenbuchsee er- öffnet, 1834 die alte Akademie zur Volluniversität erweitert. Das Primarschulgesetz hingegen wurde erst am 13. März 1835 verabschiedet. Noch mühsamer verlief die Ausarbeitung des Sekundarschulgesetzes. Ein erster Entwurf ging am 5. Novem- ber 1835 in die Vernehmlassung. Er wurde allgemein scharf kritisiert und vom Grossen Rat an die Regierung zurückgewie- sen; erst am 26. Februar 1839 wurde ein neuer Entwurf vom

Grossen Rat angenommen. Der Kommentarband stellt die verzwickte Entstehungsgeschichte und die Diskussion in der Presse ausführlich dar. (F 1.2, S. 330-355)

Am 11. Januar 1836 «sassen 30 Männer aus allen Ständen und aus 6 Aemtern in Oberburg beisammen» (F 1.1, S. 57), um den regierungsrätlichen Entwurf zum Sekundarschulgesetz zu beraten. Gotthelf redigierte die Eingabe und unterschrieb sie zusammen mit Rudolf Bernhard Baumgartner, Pfarrer in Trachselwald, und Jakob Tschabold, Kaufmann aus Sumis- wald, alle drei Mitglieder im Vorstand des Vereins für christ- liche Volksbildung.

Ihre *Eingabe zum Entwurf des Sekundarschulgesetzes* erschien am 28. Januar 1836 im *Volksfreund*. Die Eingabe betonte, gute Sekundarschulen seien nötig, ohne Sekundar- schulbildung vermöge das Land «weder politisch sich zu erhalten, noch mit andern Ländern im Gebiete der Industrie zu konkuriren». (F 1.1, S. 57) Sekundarschulen soll- ten begabte Kinder vom Land auf Gymnasium und Hoch- schule vorbereiten, so dass man sie nicht zu früh aus ihrer Umgebung herausreissen müsse, um Schulen in der Stadt zu besuchen. Der Gesetzesentwurf mit den vielen «kann»- Bestimmungen war den Verfassern der Eingabe zu unbe- stimmt. Das Gesetz solle die Bedingungen zur Errichtung von Sekundarschulen definieren und als Richtgrösse für einen Sekundarschulkreis 3000 bis 10’000 Einwohner fest-

legen. Der Staat solle mindestens zwei Drittel der Kosten übernehmen, sonst müssten die Träger einer Sekundarschule zu hohe Schulgelder verlangen, dann stünden die Sekun- darschulen nur den «Reichsten des Landes» offen, «ein grosser Theil des Bauern- und Handwerkstandes bliebe aus- geschlossen. Würde dieses nicht geradezu zu einer Dorf- aristokratie führen?» (F 1.1, S. 60) Wenn die Gemeinden zu viel in die Sekundarschule investieren müssten, drohten die Primarschulen vernachlässigt und zu Armenschulen degradiert zu werden.

Die Oberburger Eingabe war «ausserordentlich bildungs- freundlich, ja geradezu bildungsoptimistisch» und darauf bedacht, «das Prinzip der chancengleichheit von Stadt und Land beim Zugang zur höheren Bildung durch ein möglichst dezentrales Schulsystem zu verwirklichen». (F 1.2, S. 336) Schon um 1840 wurde Gotthelf skeptisch. Im Roman *Der Geltstag oder die Wirtschaft nach der neuen Mode* von 1846 karikierte er den Bildungsbetrieb der Sekundarschulen: Statt eine in Pestalozzis Geist kohärente Menschenbildung zu ver- mitteln, überhäuften sie die Kinder mit zusammengestückel- tem Wissen. Im Roman *Zeitgeist und Bernergeist* lässt er zwei Sekundarlehrer, kulturlose Grossmäuler mit unvergorenen radikalen Vorstellungen, auf «Kinderjagd» gehen. Die hoff- nungsvollen Forderungen der Eingabe von 1836 erscheinen jetzt als bittere Illusionen:

*Die Sekundarschulen sollen eigentlich sogenannte Mittel- schulen oder Realschulen oder dörfliche Progymnasien vor- stellen, aus welchen man, mit aller Weisheit ausgerüstet, in die Hochschule promenieren und aus derselben, und ehe man die Studien noch vollendet, als Landesvater stolzieren könnte. Sie sollten der Pflanzgarten ländlicher Weisheit sein, ein Ge- gengewicht sein gegen die Aristokratie der Wissenschaft und die- se überflüssig machen oder zerstören. (SW XIII, S. 418)*

### Gotthelfs politischer Standort

Im politischen Kampf führte Gotthelf eine scharfe Feder, er sagte einmal, eigentlich sollte er keine Zeitungsartikel schrei- ben, «denn ich habe die Unart, immer mit dem Kolben lausen zu wollen». (E 6, S. 106) So erfuhren ihn die politischen Gegner, vorab Jakob Stämpfli, der Führer der radikalen Partei. Ihr Bild von Gotthelf war das «eines Eiferers, der als Erzähler die christ- liche Moral hochhalte, sich aber in seinen Versuchen, Einfluss auf das Zeitgeschehen zu nehmen […], um Moral nicht küm- mere». (F 1.3, S. 1531) So beschimpfte man Gotthelf als Feind des Fortschritts, der das Volk unter der Fuchtel einer rückstän- digen Kirche halten wolle, und rückte ihn in die Nähe der ver- hassten Jesuiten. Seither wirkt der Vorwurf, Gotthelf sei ein Reaktionär gewesen, mehr oder weniger offen nach und wird auch heute immer wieder kolportiert.

Nur sieben der insgesamt 131 Zeitungsartikel wurden hier vorgestellt, doch dürften sie klar genug belegen, dass der Vorwurf nicht zutrifft. Gotthelf passt in kein Links-Rechts- Schema: Er setzt sich zwar für Fort-

schritt ein, warnt aber zugleich davor, eben diesem Fortschritt ethische Werte zu opfern. Er will den Wissens- stand von Bauern und Handwerkern heben, sie sollen durch Lektüre ent- sprechender Publikationen neue Me- thoden zur Ertragssteigerung kennen lernen. Nicht zuletzt deshalb tritt er anfänglich für die Einrichtung von Sekundarschulen ein; aber er verspottet eine Schule, die heteroge- ne Wissensbrocken vermittelt, und beginnt Sekundarschulen zu be- kämpfen, sobald er in ihnen Brut- stätten des Radikalismus zu erkennen glaubt. Er setzt sich für nachhaltige Pflege und Nutzung des Waldes ein und wehrt sich zugleich vehement gegen schonungslose Abholzung und unkontrollierten Holzhandel.

liches Misstrauen gegen eine hemmungslos praktizierte Han- dels- und Gewerbefreiheit, wie es auch in seiner Ablehnung des Patentsystems zum Ausdruck kommt. Letztlich geht es

darum, dem Eigennutz Grenzen zu setzen und den Gemeinsinn zu stärken.

Für Gotthelf waren die Postulate Freiheit und Gleichheit aus der 1830er Bewegung Grundwerte, die im Evan- gelium und in den Paulus-Briefen ver- ankert waren; sie gehörten in sein christliches Wertesystem, das er ver- teidigte, und zwar umso schärfer, je heftiger die radikalen Anhänger von Wilhelm Snells Rechtsschule die Kirche angriffen und in Frage stellten.

Gotthelf hielt bis zuletzt an den Grundsätzen der Erneuerungsbewe- gung von 1830 fest:

*Anerkennung der Volkssouveräni- tät, Abschaffung aller Vorrechte und eine Volksvertretung nach dem Grund- satz der Bevölkerungszahl. Die Landbe- völkerung sollte gleichermassen Zu-*

Darin spiegelt sich sein grundsätz-

Jeremiass Gotthelf (Albert Bitzius; 1897–1854)

*gang zu Ämtern und zur Bildung haben*

*wie die Stadt. Alle Privilegien der Stadt gegenüber der ländlichen Vertretung sollten aufgehoben werden. (F 1.3, S. 1542)*

Aus der ganzen politischen Publizistik Gotthelfs lasse sich, so Barbara Mahlmann-Bauer, eine Leitidee herauslesen:

*Vorrang der Gemeindepolitik vor zentralen Massnahmen […]. Die Autonomie der Gemeinde mit ihren Organen, die im Turnus gewählt wurden und ihren Bürgern Rechenschaft schul- deten, war für den Pfarrer von Lützelflüh, sicher aufgrund seiner Erfahrung als Schulkommissär, als Mitglied des Hilfsvereins für christliche Volksbildung und Gründungsvater einer Armenerzie- hungsanstalt sowie als Aktuar des Sittengerichts, ein hohes Gut. [...]. Der Gemeinde oblag es, das Budget über Einnahmen und Ausgaben zu veranschlagen, Steuern […] auszuschreiben, für die nötigen Armen-, Kranken-, Arbeits- und Schulanstalten zu sor- gen, über Baumassnahmen zu entscheiden, den Gemeinderat und die Gemeindebehörden zu wählen und dem Regierungsrat etwaige Änderungen des Gemeindereglements vorzulegen [...]. Die Verwaltung aller kommunalen Geschäfte sollte […] in der Hand der stimmberechtigten Bürger und ihrer Ausschüsse blei- ben. (F 1.3, S. 1541)*

Damit diese Gemeindeautonomie funktionieren konnte, brauchte es eine klare Kompetenzenteilung, Verordnungen hätten «die jeweiligen Aufgaben der Gemeinden und Kan- tonsbehörden präzise festlegen» müssen. (Ebd.) Als Schul- kommissär, dem die Aufsicht über 19 Schulen in vier Ge-

meinden oblag, als Mitglied der Schulkommission in Lüt- zelflüh und als mit sozialen Nöten konfrontierter Pfarrer er- lebte Gotthelf oft genug, dass die kantonalen Behörden die Gemeinden bei der Durchsetzung gesetzlicher Bestimmun- gen im Stich liessen und sie auch in der Bewältigung des immensen Armutsproblems zu wenig unterstützten.

Und es brauchte eine bessere Volksschule. christen, der reiche Bauer in *Geld und Geist,* muss in der Gemeinde Ver- antwortung übernehmen und haftet mit seinem Vermögen für allfällige Verluste, die er durch Unachtsamkeit oder Fehler verursachen könnte. Weil er die Gesetze nicht kennt und nicht schreiben kann, muss er einen Ratgeber bezahlen; das ist kostspielig und peinlich, denn er «musste diesem folgen wie ein Blinder dem Hündchen, welches ihn leitet». (SW VII, S. 27) Seine Frau Änneli misstraut diesem Ratgeber; doch christen weigert sich, noch bei andern Leuten Rat zu holen, «weil er nicht gerne verriet, dass er gar nichts kannte; denn er schämte sich seiner Unwissenheit doch, wenn er schon seine Kinder nicht begehrte geschickter zu machen». (Ebd., S. 28 f.) christen wird von seinem Ratgeber betrogen und muss einen Verlust von 5000 Pfund vergüten. Ihm fehlen also Schreiben, elemen- tare Rechtskenntnisse und wohl auch ausreichende Rechen- künste: lauter Fertigkeiten, welche die Schule vermittelte.

Es ist nicht die einzige Episode im Erzählwerk, wo Gotthelf den Landleuten die Notwendigkeit einer guten Volkschule

aufzeigte. Für Gotthelf gehörten also beide Forderungen eng zusammen, diejenige nach Wahrung der Gemeindeautono- mie, und die nach Förderung der Volksschule.

Am Schluss des Nachwortes erörtert Barbara Mahlmann- Bauer die Frage, ob Bitzius in seinen Zeitungsartikeln nach

«politischen Konzepten und Lösungsvorschlägen» suchte oder ob er, seinem Beruf als Pfarrer entsprechend, «morali- sche Werturteile» fällte, Lasterhaftigkeit anprangerte und

«Ratschläge zur christlichen Lebensführung» gab. Dies alles fand Platz im *Neuen Berner-Kalender*, den er für die Jahre 1840-45 verfasste. «Dort konnte er ‚hohe Wahrheiten’ predi- gen, allerdings frei von ‚Kirchlichem’, eher mit Hilfe von Bei- spielen aus dem täglichen Leben.» (F 1.3, S. 1545)

In seinen Zeitungsartikeln setzte Bitzius andere Akzente:

*Wenn Bitzius […] Regierungsbeamten den Spiegel vorhielt und sie darüber aufklärte, was die Gemeinden, konkret Bauern, Familienväter, Tagelöhner, Witwen und Waisen von ihnen erwar- teten, mahnte er zweifellos moralische Verhaltensstandards an. In Lasterkritik erschöpfen sich Bitzius’ Zeitungsartikel aber nicht. Sie greifen jeweils Brennpunkte der Berner Politik auf. Er forderte politische Lösungen, wo private Initiativen wie z. B. christliche Wohltätigkeit, Idealismus und Aufopferungsbereitschaft nicht mehr ausreichten. Wer aus christlicher Pflicht mildtätig handelte und Bettlern Almosen gab, verhielt sich Bitzius zufolge sogar kontraproduktiv, denn Staat und Gemeinden täten gut daran,*

*mit Steuergeldern Armen in erzieherischer Absicht zu helfen, Hilfe zur Selbsthilfe zu erteilen, klare Kriterien der Hilfsbedürftigkeit zu befolgen und von den Unterstützungsempfängern die Rücker- stattung zu verlangen. […] Er wies angesichts konkreter Miss- stände wiederholt auf Gesetzeslücken und fehlende Verordnun- gen hin. Lieber nahm er die Rolle eines Landmannes an oder ver- setzte sich in die Perspektive eines Gemeinderats, um auf die Ent- fremdung der Behörden und Beamten in den Städten von den Bedürfnissen der Landbewohner aufmerksam zu machen, an- statt sich als Pfarrer zu erkennen zu geben. Bitzius argumentierte juristisch, politisch und immer wieder auch volkswirtschaftlich, indem er Grossräte, Behörden und Beamte an ihre Pflichten mahnte […]. Nicht die Sorge um das Wohlergehen Einzelner oder gar um deren Seelenheil trieb Bitzius dazu, sich journalistisch zu äussern, sondern das Bewusstsein, dass Predigen und seelsorgli- ches Ermahnen nicht mehr halfen, wenn die Armenversorgung, die Nöte im Schulwesen oder die Verbrechensbekämpfung nachhaltige politische Lösungen […] erforderten. […]*

Einige seiner Forderungen klingen hochaktuell: strikte Befol- gung der Gesetze oder Anpassung der Gesetze an die sozialen Gegebenheiten, Bürgernähe politischer Entscheidungen, flä- chendeckende Rekrutierungund Schulungfähigen Nachwuchses für Exekutive, Judikative und Legislative, Transparenz der Verwal- tung und statistische Erhebungen als Grundlage für Massnah- men der Wirtschafts- und Bildungspolitik. (F 1.3, S. 1546)

Literatur

*Neue Gesamtausgabe aus dem Georg Olms Verlag Hildesheim*

*– Zürich – New York:*

*Jeremias Gotthelf, Politische Publizistik 1828–1854. Band 1, Text. Herausgegeben von Barbara Mahlmann-Bauer,*

*Jürgen Donien (†), Ruedi Graf, Norbert D. Wernicke. Olms 2012 (abgekürzt: F 1.1)*

*Jeremias Gotthelf, Politische Publizistik 1828–1854. Band 2, Kommentar 1828-1840. Herausgegeben von Barbara Mahl- mann-Bauer, Marianne Derron, in Zusammenarbeit mit Ruedi Graf, Norbert D. Wernicke. Olms 2012 (abgekürzt: F 1.2)*

*Jeremias Gotthelf, Politische Publizistik 1828–1854. Band 3, Kommentar 1841–1854. Herausgegeben von Barbara Mahl- mann-Bauer, Marianne Derron, in Zusammenarbeit mit Ruedi Graf, Norbert D. Wernicke. Olms 2013 (abgekürzt: F 1.3) – Frau Prof. Dr. Barbara Mahlmann-Bauer stellte mir freundlicherweise die Korrekturfahnen zur Verfügung.*

*Jeremias Gotthelf, Sämtliche Werke in 24 Bänden und18 Ergän- zungsbänden. In Verbindung mit der Familie Bitzius herausge- geben von R. Hunziker, H. Bloesch, K. Guggisberg und W. Juker. Eugen Rentsch Verlag Erlenbach-Zürich 1911 ff.*

*(abgekürzt – Erzählwerk: SW … / Ergänzungsbände: E …)*

**Vom mühsamen Kampf gegen das Schulschwänzen**

Als Schulkommissär (Schulinspektor) und Mitglied der Schul- kommission Lützelflüh kämpft Gotthelf gegen das grassieren- de Schwänzen und begegnet dabei mehr oder weniger offe- nem Widerstand, auch bei übergeordneten Behörden. Ihnen wirft er vor, sie verschleppten die Bestrafung säumiger Haus- väter, und wenn sie die Anzeigen behandelten, liessen sie zu grosse Milde walten, so dass den Schulkommissionen die Lust vergehe, sich weiter zu exponieren. In einem Brief vom März 1843 ans Erziehungsdepartement rügt Gotthelf diese man- gelnde Konsequenz; bei der «Bestrafung unfleissigen Schul- besuches» führe dies zu grösster Unsicherheit:

*Die einen Schulcommissionen versammelten sich, andere nicht. Die einen mahnten, andere nicht, wenige sprachen […] bei nutz- losem Mahnen den Richter an. Das Vorbescheiden vor die Com- mission war die strengste Strafe. Dieses Vorbescheiden ohne Stra- fe hatte die Folge, dass die Fehlbaren immer zahlreicher, immer unverschämter wurden, so dass die Schulcommissionen an sol- chen Tagen fast Leib und Leben riskierten. Man glaubt nicht, wie, wenn 30–80 beisammen sind, jedem Einzelnen der Kamm wächst. Und während er dem Einzelnen wuchs, verloren die Schulcommissionen den Mut und das Wenige, was geschehen war, geschah nun auch nicht mehr, und auf alle Zusprüche erhielt man nur eine Antwort: «Was wollen wir allein, wenn die andern nichts machen?»*